Bayerns Wirtschaftsminister kommentiert die Arbeitsmarktzahlen für März 2022

31. März 2022

MÜNCHEN Die Frühjahrsbelebung schlägt sich in den Arbeitsmarktzahlen nieder. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger freut sich über die positive Entwicklung von Beschäftigung und Erwerbstätigkeit. In Bayern waren im März 2022 230.242 Personen arbeitslos gemeldet, 68.523 Personen weniger als im Vorjahr (März 2021). Die Arbeitslosenquote liegt aktuell bei 3,0 Prozent und damit unter dem Vorkrisenniveau im März 2020 (3,1 Prozent). Dazu Aiwanger: „Der Arbeitsmarkt ist weiter auf Erholungskurs. Die Zahlen stimmen optimistisch. Doch man müsse unbedingt die Auswirkungen sorgfältig beobachten, die der russische Angriff auf die Ukraine auslöst. Der Ukraine-Krieg lässt niemanden unbeeindruckt, weder Konjunktur noch Arbeitsmarkt."

Den ankommenden Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, möchte Aiwanger eine langfristige Perspektive und Arbeitsmarktintegration in Bayern eröffnen. „Ich bin zuversichtlich, dass es uns in Bayern gelingt, geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren", so Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. „Jetzt gilt es möglichst schnell und unkompliziert den in Bayern Ankommenden zu helfen. Nach dem Aufenthaltstitel muss der Anerkennungsprozess von Ausbildungen, Abschlüssen und Qualifikationen der ukrainischen Fachkräfte unbürokratisch vonstattengehen. Arbeitsmarktintegration ist eine Frage von Humanität und Weitblick. Die Wirtschaft und Staatsregierung ziehen hierbei gemeinsam an einem Strang." Daher begrüßt Aiwanger die schnelle Umsetzung der neuen Online-Plattform www.ukraine.sprungbrett-intowork.de. Das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft brachte diese zweisprachige Website an den Start. Auf dieser Seite können Betriebe beispielsweise Stellenangebote einstellen, die sukzessive in Ukrainisch übersetzt werden.

Angesichts des Ukraine-Kriegs senkten die Wirtschaftsweisen gestern die Konjunkturprognose für Deutschland deutlich nach unten. Für 2022 geht der Sachverständigenrat nur noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 1,8 Prozent aus. „Deutschland ist stark von Energielieferungen abhängig. Ein Lieferstopp birgt die Gefahr, dass die deutsche Volkswirtschaft in eine Rezession gerät. Jetzt gehören alle unnötigen Belastungen auf den Prüfstand, um nicht nach dem Wachstum in eine Abwärtsspirale zu geraten," fordert Aiwanger. „Es braucht eine deutliche steuerliche Entlastung für die Wirtschaft: Die temporäre Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe auf das EU-Mindestmaß kann nur der erste Schritt gewesen sein. Es braucht weitere Impulse, um die positiven Vorzeichen am Arbeitsmarkt zu erhalten." Der Bund müsse in puncto Versorgungssicherheit mehr liefern, von A wie Ad Blue bis Z wie Zuleitung, so Aiwanger. „Auf der politischen Agenda müssen der Ausbau erneuerbarer Energien, die schnelle Bereitstellung von LNG-Terminals und das Vorantreiben der Wasserstoffinfrastruktur ganz oben stehen."

In den bayerischen Regierungsbezirken liegen die Arbeitslosenquoten zwischen 2,8 Prozent in der Oberpfalz, in Unterfranken sowie Schwaben und 3,6 Prozent in Mittelfranken. Damit unterschreiten die Zahlen überall den Bundesdurchschnitt von 5,1 Prozent.

Dr. Patrik Hof

Stv. Pressesprecher

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers